



Konjunkturelle Perspektive: Solider Aufschwung mit Risiken

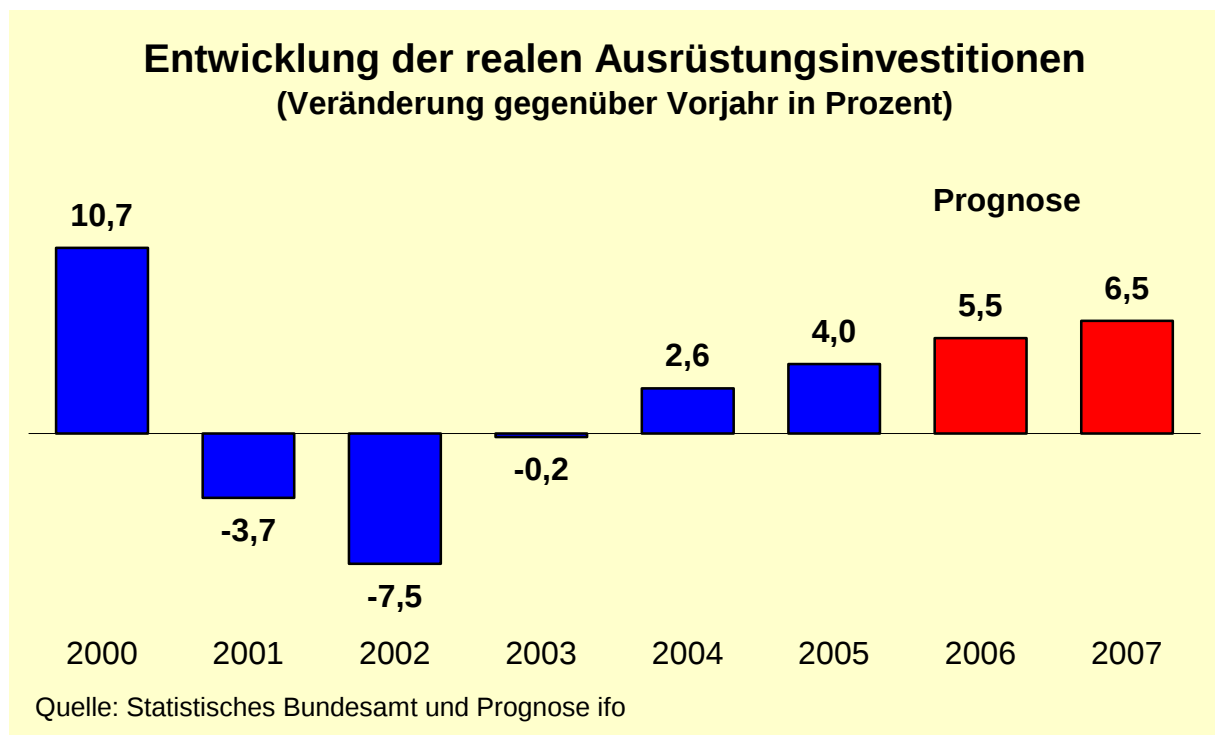
Die Bundesrepublik erlebt jetzt seit fünf Jahren wieder einen Wirtschaftsaufschwung mit einem realen Wachstum um die zwei Prozent. Im Umfeld einer boomenden Weltkonjunktur werden bei den Exportüberschüssen immer neue Rekorde erzielt. Parallel dazu hat es eine Wende bei den Investitionen gegeben. Ein erheblicher Ersatzbedarf sorgt für kräftige Wachstumsraten bei den Ausrüstungsinvestitionen, wenn auch noch auf einem absolut niedrigen Niveau. Die Politik der Bundesregierung gefährdet mit der Mehrwertsteuererhöhung und einem harten Sanierungskurs die wirtschaftlichen Erfolge. Trotz der dadurch verursachten kräftigen Wachstumsdelle ist der Aufschwung inzwischen robust genug, um auch 2007 noch ein deutliches Wachstum zu ermöglichen. Dazu müssen die Löhne die Konsumnachfrage stützen, die bisher der Schwachpunkt der Konjunktur sind.

Investitionen bringen den Aufschwung

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer kräftigen Wachstumsphase. Um 4,8 Prozent nahm im vergangenen Jahr die reale wirtschaftliche Leistung weltweit zu. Daran wird sich, trotz einer erwarteten Abschwächung in den USA, auch 2006 nichts ändern.

Deutschland ist seit Jahren sowohl im weltweiten Vergleich als auch innerhalb Europas beim Wachstum ganz hinten. Seit 2001 dümpelt Deutschland in einer Stagnationskrise. Doch bereits seit dem letzten Jahr zeigten sich erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung. **In diesem Jahr ist klar: der Krisenzyklus ist mit einem Wachstum von ca. zwei Prozent überwunden.**

Bisher waren es die Exporterfolge, die die wirtschaftliche Entwicklung stützen. Doch die Exportüberschüsse allein reichen nicht aus. In diesem Jahr hat die Binnennachfrage nachgezogen. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Investitionstätigkeit. Nach dem kräftigen Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen zu Beginn des Jahrtausends hat sich ein erheblicher Ersatzbedarf aufgestaut, der jetzt die Nachfrage stützt. Zudem haben auch die Bauinvestitionen wieder angezogen. Doch absolut betrachtet bewegen sich die Ausrüstungsinvestitionen mit 154 Milliarden Euro 2005 noch auf niedrigem Niveau. 2000 wurde mit 177 Milliarden Euro erheblich mehr investiert. **Bei den Investitionen ist also nach oben noch erhebliche Luft.** Das spricht dafür, dass sie auch 2007 kräftig zulegen und die Konjunktur stützen werden.

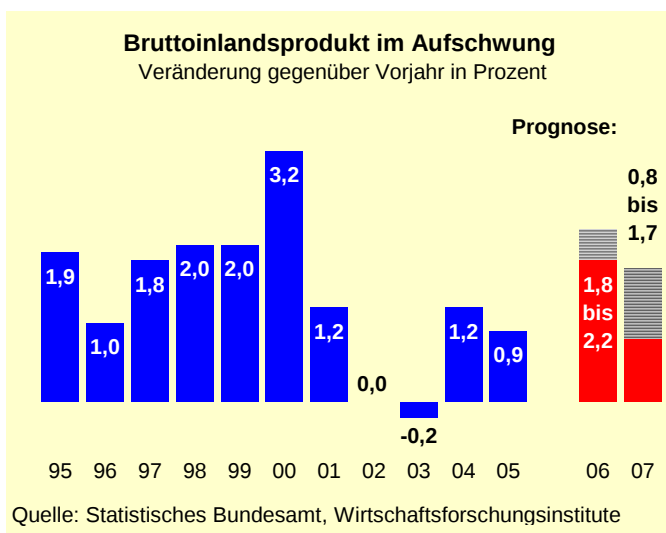


Der Steuerschock bedroht den Aufschwung

Die Politik hat zum Aufschwung nichts beigetragen. **2005 war der Beitrag der Staatsnachfrage zum Wachstum null, in diesem Jahr wird es ebenso sein.** Das angekündigte Investitionsprogramm (z.B. Mittel für Verkehr und energetische Gebäudesanierung) wird von Kürzungen an anderer Stelle vollständig kompensiert. Die von den Medien häufig beklagte „Untätigkeit“ der Regierung hat den Konjunkturaufschwung also eher begünstigt.

Dieses Verhalten wird sich im nächsten Jahr radikal ändern. Vor allem mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Versicherungsteuer um drei Prozentpunkte, aber auch mit zahlreichen Kürzungen für Arbeitnehmer (Kilometerpauschale, Sparerfreibetrag) wird der Wirtschaft Kaufkraft entzogen. Da die Gelder fast ausschließlich für einen harten Sanierungskurs verwendet werden sollen, obwohl die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen die Finanzprobleme erheblich gemindert haben, **geht vom Staat ein dämpfender Effekt aus.** Zusammen mit weiteren Kürzungen (Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst, Hartz IV) umfasst der Impuls per Saldo (unter Abzug der positiven Effekte wie die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung) mindestens ein Prozentpunkt Wirtschaftswachstum.

Die Frage ist, inwieweit die Konjunktur den Schock verkraften kann. Bei den Prognosen gibt es deshalb erhebliche Unsicherheiten. Die Wachstumsschätzungen der Institute reichen von 0,8 bis 1,7 Prozent, **die Bankprognosen umfassen sogar eine Spanne von 0,6 bis 2,2 Prozent.**



Für die Konjunktur gibt es neben den staatlichen Aktivitäten weitere Risikofaktoren:

- Die Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise (siehe Kasten)
- Die Zinspolitik der EZB. Wird der Aufschwung durch weitere Zinserhöhungsschritte der Zentralbank belastet?

- Die Wechselkursrelationen: Eine Aufwertung des Euro würde die Exportperspektiven außerhalb des Euro-Raumes erschweren.

Ölpreise als Unsicherheitsfaktor

Die Ölpreise sind in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen. Ein erheblicher Teil der Preissteigerungen war darauf zurück zu führen, während die wirtschaftlich bedingte Kerninflationsrate weiter niedrig war. Die kräftig wachsende Weltwirtschaft braucht Energie, die Vorkommen sind jedoch endlich. Die Zeiten billigen Öls sind endgültig vorbei.

Trotzdem war der Anstieg immer auch spekulativ überhöht. Politische Unsicherheiten wie der Israel/Libanon-Krieg oder die Krise um den Iran, Unwetter in Ölfördergebieten oder das Spekulieren von Hedge Fonds auf steigende Preise haben die Ölkosten getrieben. Zur Zeit ist eine Gegentendenz zu beobachten: zwischen Juli und September ist der Ölpreis um zwanzig Prozent gefallen. Die Inflationsrate lag im September annualisiert bei nur noch einem Prozent.

Für 2007 ist eine Stagnation des Ölpreises auf hohem Niveau (ca. 60 \$ pro Barrel) wahrscheinlich. Damit würde der Ölpreis keinen Beitrag zur Inflationsrate mehr liefern.

So erfreulich die wirtschaftliche Entwicklung ist, auf dem Arbeitsmarkt bewirkt sie nur eine leichte Entspannung. Im Jahresdurchschnitt rechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit einem Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen um 200.000 auf 4,6 Millionen. Doch die Zahl der Beschäftigten wird nur geringfügig zunehmen, viele Arbeitslose lassen sich nicht mehr registrieren und gehen in die Stille Reserve. **Für eine stärkere Belebung auf dem Arbeitsmarkt sind höhere Wachstumsraten erforderlich.** Der Aufschwung steht erst am Anfang.

Löhne müssen die Binnennachfrage stützen

Damit die Wachstumsdynamik tatsächlich noch kräftig zunimmt, sind zwei Dinge notwendig:

- Die Lohnentwicklung muss das Wachstum stützen. In diesem Jahr wird die Konsumnachfrage ausschließlich von stark steigenden Gewinn und Vermögenseinkommen getragen. 2007 werden die Arbeitnehmerentgelte nur etwas mehr dazu beitragen. Das reicht nicht aus.
- Die Bundesregierung muss auf eine stark restriktive Politik verzichten. Der Aufschwung muss gestützt und nicht abgewürgt werden.

Hält die Bundesregierung an ihrer Politik fest, ist eine Wachstumsdelle unvermeidlich. Wird die Nachfrage durch stärker steigende Löhne gestützt und entziehen stagnierende Ölpreise keine weitere Kaufkraft, wird es trotzdem noch ein deutliches Wachstum am oberen Rand der Prognosen geben. **Unabhängig davon werden die steigenden Investitionen der Metallverarbeitung weiterhin eine gute Auftragslage bescheeren.**